

Motion betreffend Einbezug der Muttersprache in den Unterricht

Die Bevölkerung des Kantons Basel-Stadt ist multikulturell zusammengesetzt. Bei einer Wohnbevölkerung (Mai 02) von 187'888 Personen beträgt der Anteil der Ausländer/innen 28,45%, d.h. 53'435 Personen. Die Mehrheit der Quartierschulen der Stadt widerspiegelt dieses Bild. Nicht selten aber übersteigt der Anteil der fremdsprachigen Kinder in diesen kulturell und sprachlich stark durchmischten Klassen denjenigen der deutschsprachigen Kinder. Einzelne Schulhausteams und Rektorate versuchen seit einigen Jahren mit besonderen Massnahmen auf diese zunehmend hohen Unterrichtsanforderungen zu reagieren. Die Massnahmen sind aber häufig nur punktuell und reichen bei weitem nicht aus, um den Bedürfnissen der Schülerschaft und dem im Schulgesetz enthaltenen Bildungsauftrag gerecht zu werden. Statistiken zeigen, dass sich der Schulerfolg der Schülerinnen und Schüler aus tieferen Sozialschichten und aus Migrantenfamilien seit Jahren verschlechtert. Unsere Gesellschaft kann es sich nicht leisten, dass ein beträchtlicher Teil der Schulabgängerinnen und Schulabgänger schlecht qualifiziert ist. Schulische Massnahmen und eine gesetzliche Regelung drängen sich auf.

Die Ziele einer guten Schule, welche

- die schulische Chancengleichheit fördert,
 - die schulische Integration aller Kinder begünstigt,
 - die Potenziale der Kinder erkennt und
 - die Zusammenarbeit zwischen Schule und Elternhaus verbessert,
- soll in allen Quartieren erreicht werden.

Dazu braucht es einen besondern Ansatz, nämlich den der Integration der Herkunftssprache in den Unterricht (analog Modell St. Johann). Zweisprachigkeit wird dadurch als ein zusätzliches Potenzial erfahren und stärkt bei allen Beteiligten das Bewusstsein der Wertschätzung und Akzeptanz. Die Kinder und ihre Eltern werden positiv wahrgenommen, was die Bildungs- und Erziehungsarbeit der Schule erleichtert. In den Lehrpersonen der Herkunftsländer finden die fremdsprachigen Eltern Mittler/innen zwischen den Kulturen, was ihnen den Zugang zum baslerischen Schulwesen und den deutschsprachigen Lehrkräften erleichtert. Der Dialog und das Verständnis füreinander wird verbessert.

Nicht zuletzt werden durch diese Massnahmen auch die Interessen der deutschsprachigen Schülerinnen und Schüler vermehrt wahrgenommen, indem sie ebenfalls zusätzlich in ihrer Muttersprache gefördert werden. Eine verbesserte Sprachkompetenz aller trägt zu einem positiven Lernklima in den Klassen bei und bildet die Voraussetzung für jedes weitere erfolgreiche Lernen.

Durch die Qualitätsverbesserung in multikulturellen Schulen wird zudem ein wesentlicher Beitrag zur Integration und zum sozialen Frieden geleistet.

Der Kanton Zürich, der gebietsweise ähnliche Schulsituationen aufweist wie der Kanton Basel-Stadt, hat seit Jahren mit dem QUIMS-Projekt (QUIMS = Qualität in multikulturellen Schulen) positive Erfahrungen gesammelt. Durch eine Änderung des Volksschulgesetzes soll das Projekt nun auf alle Schulen ausgeweitet werden. Die vorgeschlagene Änderung des Gesetzes überlässt der Regierung eine situationsgerechte, flexible Handhabung des Angebots und könnte sich auch für Basel eignen. Sie lautet:

„Schulen mit einem hohen Anteil an fremdsprachigen Schülerinnen und Schülern stellen zusätzliche Lernangebote zur Verfügung. Diese heben das Leistungsniveau aller Schülerinnen und Schüler und verbessern insbesondere die sprachliche Integration von Fremdsprachigen und die Zusammenarbeit zwischen Schule und Elternhaus.“

Wir bitten die Regierung, dem Grossen Rat eine Schulgesetzesänderung vorzulegen, welche den Bildungsauftrag der Basler Schulen im vorgeschlagenen Sinne erweitert.
H. Hügli, Prof. Dr. P. Wick, Th. Meier-Oberle, M.-Th. Jeker-Indermühle, Dr. A. Bächler, Z. Yerdelen, A. Lachenmeier-Thüring, Hp. Kiefer, S. Banderet-Richner, B. Jans, Ch. Brutschin, Dr. R. Geeser, M. Flückiger, Dr. E. Herzog, Dr. H. Amstad, B. Herzog, K. Herzog, S. Signer, Prof. Dr. P. Aebersold, D. Gysin, J. Goepfert, V. Herzog, B. Alder Finzen, E. Rommerskirchen